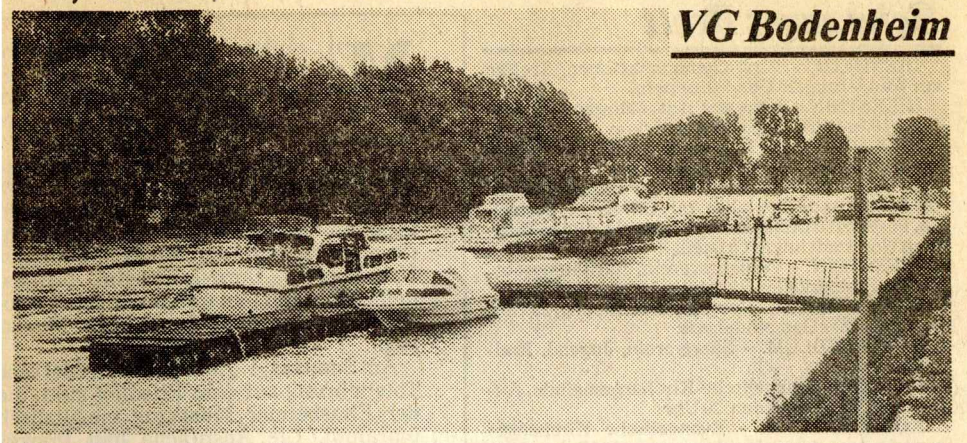
LANDSKRONE Mittwoch, 29. Mai 1985

42 Mittwoch 29.5.85

VG Bodenheim



Mit dem Bau von neuen Bootsanlegestellen mit einer neuen Anlegekapazität von rund 500 Meter Nutzfläche fühlt sich die Gemeinde völlig übergangen, weil sie am Genehmigungsverfahren nicht beteiligt wurde. Unser Bild zeigt den heute schon stark frequentierten Mühlarm mit den zahlreichen Bootsanlegestellen. *Bild: Remo Baum*

Gemeinde fühlt sich übergangen

Ratsdiskussionen um Genehmigungen von Bootsanlegestellen

-m- NACKENHEIM. - Als völlig übergangen fühlt sich die Gemeinde Nackenheim bezüglich der Errichtung weiterer Bootsanlegestellen im Nackenheimer Mühlarm. Ortsbürgermeister Günter Ollig erklärte in jüngster Sitzung auf Anfrage der Fraktionen, daß vor zwei Jahren das Wasser- und Schiffahrtsamt Mannheim mitgeteilt habe, daß die strom- und schiffahrtspolizeilichen Genehmigungen nach dem Bundeswasserstraßengesetz für diese Vorhaben erteilt worden seien. Eine Genehmigung sei an den Automobil- und Wassersportclub Nierstein/Oppenheim im ADAC ergangen, der im Mühlarm zwei Bootsanlegestellen von je 64 Meter Länge in den Fluß legen dürfe. Ferner dürfe der Wassersportclub Nackenheim eine Anlage von 56 Meter bauen. Ein weiterer Antrag für eine Bootsanlegestelle liege vor. Dieser allerdings sei als Bauantrag von der Gemeinde genehmigt worden. Für alle Stege liege die Genehmigung der Unteren Wasserbehörde, der Landespflegebehörde und der Kreisverwaltung vor. Die Gemeinde sei nicht gehört worden. Dies stehe dem Landesbaugesetz entgegen, weil über den Kopf der Gemeinde hinweg entschieden worden sei.

Ollig betonte weiter, seine Ausführungen richteten sich nicht gegen die Vereine oder antragstellenden Klubs, jedoch gegen die Ämter, die wegen des Nackenheimer Erholungsgebietes Insel „Kisselwörth" bereits bei kleinen Anliegen der Gemeinde in Geschrei ausbrechen würden. Bei den Bootsstegen kassiere das Wasser- und Schiffahrtsamt die Gebühren, Nackenheim aber könne das Rheinufer putzen. Die Verbandsgemeinde werde gebeten, bei der Kreisverwaltung vorstellig zu werden, um zu ergründen, warum kein Bauantrag der Gemeinde zur Genehmigung vorgelegt worden sei.

Ratsmitglied Alfred Hoffmann (CDU) meinte, im Grundsatz sei man nicht gegen die Vorhaben, doch müßten auch die Parkplatzprobleme am Rhein geregelt werden. Anlegeplätze in einer Länge von rund 500 Meter machten Raum für rund 200 Pkw, teilweise mit Anhänger, erforderlich. An den Wochenenden sei an der schmalen Uferstraße kaum noch Platz für die Spaziergänger. Er sei dafür, daß die Stege zunächst nicht errichtet würden.

Ratsmitglied Wolfram Schumacher (SPD) sagte, Nackenheim habe um die Insel „Kisselwörth" kämpfen müssen, damit sie überhaupt noch betreten werden dürfe. Diese sei stets von den Nackenheimern gepflegt worden. Nun würden Genehmigungen erteilt, ohne die zu fragen, die es betreffe. Er sieht die Gefahr, daß sich alles so ausweite, daß noch nicht einmal mehr der örtliche Bedarf gedeckt werden könne. Teilweise müßten die Nackenheimer schon jetzt ihre Boote auf der anderen Seite des Ufers anlegen. Dem Rat lägen jedoch die Wünsche der Einheimischen besonders am Herzen. Die Gemeinde plane am Ufer eine Reihe von Parkmöglichkeiten für den Fremdenverkehr, wer sie aber künftig benutze, sei klar abzusehen. So könne es nicht weitergehen. Man müsse alle Schritte unternehmen, um einiges zu verhindern, erklärte der SPD-Sprecher.

Ratsmitglied Manfred Grünerwald (CDU) ergänzte, die Uferstraßen seien sehr eng. Künftig könnten sich beim Begegnen von Fahrzeugen die Spaziergänger nur noch durch einen Sprung in den Rhein retten. Willi Wöll (CDU) meinte, die Vereine sollten auch Parkplätze ausweisen. Beigeordneter Sigbert Weber (SPD) warf ein, man müsse auch an die vielen Sportangler denken, für die künftig nur noch wenig Platz vorhanden sei. Gespräche sollten mit den Klubs und Vereinen stattfinden.

Bei einer Enthaltung nahm der Rat die Resolution an, daß die Verbandsgemeinde schnell bei der Kreisverwaltung wegen der offenstehenden Fragen vorstellig wird.